



Der sog. WOGA Komplex am KuDamm nach dem Entwurf von Erich Mendelsohn. Das denkmalgeschützte Ensemble (1926-31) an der Schaubühne wird von den spruchreife Plänen eines Investors bedroht. Und wieder spielt der Baustadtrat eine zwielichtige Rolle. Seite 3. Copyright/Foto: DIE LINKE/H.B.

DIE LINKE: ERFOLGREICH BEI DEN WAHLEN IN BERLIN – EIN KOMMENTAR

Und jetzt rein in die Koalition?

*Ja, ja, wir LINKEN haben gewonnen! Zigtausend Stimmen und viele Prozente mehr als 2011 – dabei überdurchschnittlich viele Erstwähler*innen. Im Osten sind wir wieder die Stärksten; im Westen haben wir es auf über 10 % geschafft. Wer hätte vor allem letzteres gedacht? Das sind neue Wählerschichten und die Analyse zeigt deutlich: Nicht nur einkommensarme Menschen wählen uns inzwischen zunehmend, auch für andere Wähler werden wir immer attraktiver, in allen Altersgruppen. Hier entsteht ein neues Stammwählerpotential für die LINKE. Die Entwicklung lässt hoffen.*

Und jetzt hinein ins kalte Wasser einer Koalition mit Grünen und SPD??

Argumente für eine Regierungsbeteiligung

Es gibt viele gute Gründe in die Regierung zu gehen:

- Die Wähler*innen haben uns gewählt, damit wir regieren und nicht in der Opposition versauern und mit CDU und AfD als „Opposition“ in einen Sack gesteckt werden.
- Wir sind die Partei mit der höchsten sozialen Kompetenz und wir wackeln in diesen Fragen nicht – diese Linie müssen wir auch in einer Regierung durchhalten und durchsetzen.
- Den Menschen in Berlin, die unter hohen Mieten, Wohnungsnot, kaputten Schulen, Arbeitslosigkeit usw. usf. leiden, setzen ihre Hoffnung auf uns.

- Wir zeigen, dass wir regierungsfähig sind – auch im Bund und in anderen Ländern und können dabei auf Signalwirkung für einen Politikwechsel in ganz Deutschland hoffen.
- Wir können Dinge in der Regierung mitbestimmen und reale Änderungen herbeiführen – mindestens aber Schlimmeres verhindern.

(könnte fortgesetzt werden).

Und die Gründe dagegen

Groß sind aber auch die Risiken:

- Koalition heißt Kompromisse eingehen. Vor allem die Initiativen und selbst-organisierten Gruppen setzen – wieder – auf uns. Ab welchem Punkt werden wir unglaubwürdig? ▶

► Fortsetzung

- Ist es nicht sinnvoll sich stärker außerhalb der Regierung außerparlamentarisch zu verankern? Echte Veränderungen erreicht man doch vor allem durch authentischen und starken Druck organisierter Betroffener von außen auf den Senat. Können wir eine gute Regierungsarbeit mit wirksamem außerparlamentarischem Druck verbinden?
- Mitregieren in einem kapitalistischen System – ist es nicht illusionär zu glauben, dass grundlegende Dinge in diesem System dadurch zu ändern wären?
- Die maßgeblichen Kräfte in der SPD-Führung halten an ihrer neoliberalen Orientierung fest. Wird ein Regieren der Bürgermeister Müller den LINKEN als kleinerem Koalitionspartner überhaupt Spielräume für eine Politik dagegen einräumen?
- Kann man mit Leuten wie SPD-Bau-Senator Geisel, dem der Profit von Investoren wichtiger ist als der Bau von Wohnungen (Leipziger Platz) in einer Regierung sitzen?

(könnte auch fortgesetzt werden)

Darüber liebe Leser*innen dürfen Sie jetzt nachgrübeln und diskutieren. Bis zum Ende der Koalitionsgespräche und – wenn es dann einen Koalitions-Vertragsentwurf geben sollte – bis zum Mitgliederentscheid daüber in unserer Partei.

HEINZ BALZER

EDITORIAL

Plakate weg ...

Was für ein befreiendes Gefühl: Unbehelligt durch die Straße zu gehen. Keine aufdringlichen Portraits von Kandidaten*innen, die einen – von Woche zu Woche größer werdend – anstarren und keine platten Sprüche mehr a la „Müller.Berlin“/„weltoffen, sozial, direkt“... – ist richtig leer jetzt der „visuelle Straßenraum“. Ob die Plakatiererei genutzt hat? Wer weiß. Die Idee (vor allem der LINKEN) diesem – anzunehmenden – Unsinn und der Geld- und Energieverschwendung mit allen Parteien gemeinsam den Garaus zu machen ist ja vor einigen Jahren gescheitert. Damit sind wir LINKE gezwungen mitzumachen. Und manchmal entsteht der Eindruck, dass sich auch die Slogans unserer Partei bei allem Bemühen schwer tun, nicht zu simpel daher zu kommen. Aber wir sind halt keine Partei, die einfache Wahrheiten für komplexe Sachverhalte zu verkünden hat und wollen es auch nicht sein. Aber wie sollen wir dann unsere Auffassungen plausibel auf DIN A0 unterbringen?

Kann man unseren Wahlerfolg im Hinblick auf die Wahlplakate-Schlacht bewerten? Wir wissen es nicht. Wie dem auch sei: zunächst dürfen wir uns von dieser Art visueller Belästigung erstmal erholen – bis ins nächste Jahr zur Bundestagswahl. Mit Wahlkampf-Plakaten. Garantiert.

IHRE REDAKTION

Neue Fraktion der Linken in der BVV: Und jetzt die Mühen der Ebene

Die BVV Wahl hat für uns LINKE in Charlottenburg-Wilmersdorf eine satte Steigerung gebracht: Von 3,4, auf 7,9 %. Wir freuen uns über den Zuspruch unserer Wähler*innen. 4 statt 2 Sitze haben wir jetzt im Bezirk und bilden wieder eine Fraktion. Jetzt beginnen die „Mühen der Ebene“ (Brecht). Es geht schon los bei der Wahl des Bezirksbürgermeisters. 55 Sitze hat die BVV. Die bisherige Gemeinschaft der SPD (jetzt 15 Sitze) mit den Grünen (12 Sitze)

reicht zu seiner Wahl nicht mehr aus. Wenn Herr Naumann und die SPD-Fraktion sich nach rechts ausrichten, müsste er CDU (13 Sitze) und FDP (6 Sitze) ins Boot holen. Sonst bleibt ihm nur, uns LINKE für seine Wahl zu gewinnen. Ähnlich verhält es sich mit der Bildung einer dauerhaften Zählgemeinschaft – der wir sehr skeptisch gegenüberstehen. Wir werden sehen – die Gespräche haben begonnen.



Die neue junge BVV Fraktion der LINKEN Charlottenburg-Wilmersdorf: Niklas Schenker, Frederike Gronde-Brunner, Annetta Juckel, Sebastian Dieke
Foto/Copyright: DIE LINKE Berlin

Luxuswohnungen zum Wohle des Investors – Anwohner ausgetrickst

So ungefähr könnte es gewesen sein: Der Investor (deutsch: Beutelschneider, Abzocker, Heuschrecke) sucht sich ein Filetstück an Grund und Boden für eine Luxus-Bebauung. Er pirscht sich ans Bezirksamt ran und erfährt, dass eine Bebauung dort genehmigungsfähig ist. Er kauft das Grundstück „günstig“ und stellt eine Bauvoranfrage oder gleich einen Bauantrag.

Transparenz, frühzeitige Information: Fehlanzeige

Bis zu diesem Punkt erfahren weder die Öffentlichkeit noch die betroffenen Anlieger die entscheidenden Fakten und Details über die beabsichtigte Bebauung. Wenn dann die Planungen längst weit fortgeschritten sind und die Genehmigung ansteht, gibt's dann eine Bürgerversammlung in der es heißt: Eine rechtliche Handhabe die Genehmigung zu verweigern, gibt es nicht. Und da der jetzt vorliegende Bauantrag innerhalb von 4 Wochen vom Bezirksamt genehmigt werden muss heißt das: Schluss aus – nichts geht mehr. Der zuständige Baustadtrat von Charlottenburg-Wilmersdorf, der an solchen Verfahren im Bezirk verantwortlich beteiligt ist, heißt Marc Schulte. Er ist Sozialdemokrat. Er und seine Partei betonen immer wieder wie unabdingbar Transparenz und Bürgerbeteiligung bei städtebaulichen Vorhaben sind – vor allem im Wahlkampf. In der Realität geschieht das Gegenteil: Es wird gemauschelt und der Investor reibt sich die Hände.

Investor plant Luxus-Bebauung

Bei dem hier in Rede stehen Bauvorhaben geht es um den sogenannten WOGA-Komplex. Nach dem einmalig gelungenen Entwurf des Architekten Erich Mendelsohn entstand 1926 – 1931 mit und hinter der heutigen Schaubühne ein Gebäudeensemble mitsamt Grünflächen und einem Tennisplatz. Die Gestaltung ist ein schönes Beispiel für die modernsachliche Bauweise jener Zeit. Sie wirkt heute noch zeitgemäß und steht unter Denkmalschutz. Der geldschwere Investor aus London, Shore Capital, will dort auf und um den Tennisplatz im Innern des Ge-

bäudeensembles einen Glas-Palast mit Luxus-Eigentumswohnungen errichten – architektonisch ein Kracher. Und er hat tatsächlich einen Anspruch auf eine Baugenehmigung aufgrund des Berliner Baunutzungsplans aus den fünfziger Jahren.

Aber: im Interesse der Betroffenen hätte man in einem offenen Dialog mit ihnen und einer frühzeitigen umfassenden Information der Bezirksverordnetenversammlung die Sichtweise und Auffassungen der Anwohner und deren Betroffenheit berücksichtigen können.

Kein Interesse an Meinung der Anwohner

Und es hätte eine geradezu einfache Methode gegeben, den Rechtsanspruch auf eine Baugenehmigung erstmal stillzulegen und sinnvollere Dinge für diese Flächen zu überlegen – z.B. eine Kita – bzw. eine Bebauung gänzlich zu verhindern: Die Einleitung eines neuen Bebauungsplans-Verfahrens für das Gebiet durch BVV Beschluss.

Dafür wäre aber Voraussetzung gewesen, dass der Stadtbaurat den Willen gehabt hätte, die Anliegen der Betroffenen ernst zu nehmen und mit ihnen frühzeitig ins Gespräch zu kommen. Die Interessen des Investors und der Bau von Luxus-Wohnungen sind aber offensichtlich vorrangiger. Mit der dringenden Notwendigkeit der Schaf-

fung von Wohnraum in Berlin lässt sich dieser skandalöse Vorgang jedenfalls nicht begründen. Kein einziger Normalbürger wird sich den Kaufpreis für solche Luxusherbergen in einer quasi „gated community“ leisten können. Das hat nichts aber auch gar nichts mit der Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu tun – aber viel mit den Interessen eines Investors, der hier Profite in Millionenhöhe abzocken will.

Die Denkmalschutzbehörde könnte den Bauantrag noch stoppen, indem sie das Bauvorhaben aus Gründen eben des Denkmalschutzes ablehnt. Die Zeichen dafür stehen aber nicht gut. Bliebe neben dem fortgesetzten Protest auf formaler nur noch der sehr ungewisse Rechtsweg für die Betroffenen. Und die Erkenntnis: *Rechtzeitige Bürgerbeteiligung und Berücksichtigung der Interessen der Anwohner – mit diesem sozialdemokratischen Stadtbaurat und diesem Bezirksamt nicht.*

HEINZ BALZER

Hinweis: Dieser Artikel berichtet nur über einen Teil der Vorgänge und Aspekte um den WOGA-Komplex und die beabsichtigte Bebauung dort. Für weitere Infos empfehlen wir sowohl die Seite der betroffenen Bürger*innen auf Facebook wie auch die WebSite der engagierten (jetzt früheren) Bezirksverordneten Nadia Rouhani:

Facebook: „Freunde des WOGA Komplexes“, www.nadia-rouhani.de



Vorderansicht des WOGA Komplexes mit der Schaubühne, die ebenfalls zum Gebäudeensemble gehört. Im heutigen Theater befand sich ursprünglich das Premierenkino UNIVERSUM, Copyright/Foto: DIE LINKE/H.B.

KuDamm Bühnen und ein Kultursenator, den man nicht bemerkt

Der Regierende als Kultursenator – schlecht für Berlin

Was die Fakten angeht ist eigentlich alles gesagt: Investoren, deren Identität z.T. noch nicht einmal geklärt ist, wollen das Theater und die Komödie am KuDamm per Räumungsbeschluss aus ihrem Domizil fortjagen (nächster Gerichtstermin im Herbst). Um dann profitträchtig zu investieren – Läden, Büros und was sonst noch so ordentlich Rendite bringt. Dafür soll's für die Bühnen dann stattdessen einen Raum im Keller geben. Als Ersatz für einen denkmalwürdigen Bühneninnenraum aus den zwanziger Jahren.

Rolle rückwärts

Kellertheater also. Für das meistbesuchte Theater in der Stadt (200.000 Gäste jährlich). In Berlin, 3,5 Mio. Einwohner, Bundeshauptstadt, Internationale Kulturmetropole mit weltweiter Bedeutung. Was geht denn hier ab? Eigentlich hatten sich alle Fraktionen im Abgeordnetenhaus auf einen gemeinsamen Beschluss zum Erhalt der Bühnen geeinigt. Dann bremste die SPD-Fraktion plötzlich, verwässerte den Text und die Entscheidung wurde in den Herbst vertagt. Rolle rückwärts. Feigheit? Mangelnde Sensibilität für die Bedeutung der Kunst und Kultur in Berlin? Kniefall vor den Investoren? Alles zusammen!!!!

Das Problem hat aber noch eine andere Facette: Es geht um den Regierenden als Kultursenator. Hat man von ihm in letzter Zeit Bedeutendes zum Thema Kultur und Berlin gehört? Wenig bis gar nichts. Es scheint, er kann den Job gar nicht. Schlecht für Berlin und die KuDamm Bühnen.

Eigentlich

- ...müsste sich ein*e Kultursenator*in laut und permanent für den Erhalt der Bühnen am KuDamm einsetzen,
- den Wert und die Bedeutung von Kultur für die Stadt lautstark vertreten,
- Konzepte für die kulturelle Entwicklung Berlins entwickeln und öffentlich mit den Akteuren in der Kultur darüber reden,
- sich in den Kultureinrichtungen regelmäßig sehen lassen (immerhin ging sein Vorgänger wenigstens zu wichtigen Premieren der Theater – aber wann sieht man dort einmal Herrn Müller?),
- mit der freien Szene im Gespräch sein und auch deren Anliegen ernst nehmen,
- den Denkmalschutz und die Baukultur auch als Teil von Kulturpolitik begreifen und ihm eine zentrale Bedeutung einzuräumen.

– Ceta und TTIP ablehnen, weil sie eine Gefahr für die kommunale Kultur bedeuten.
und so weiter ...

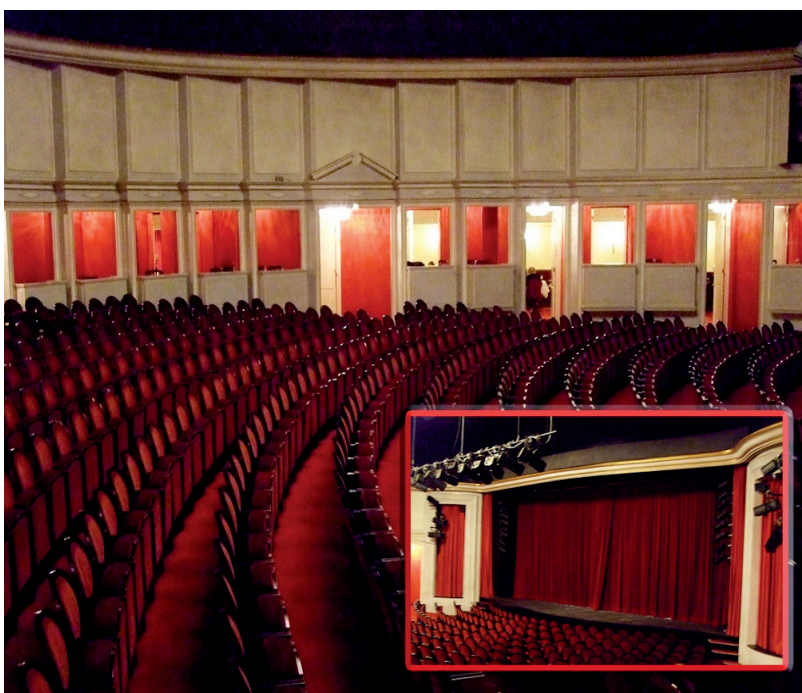
Es hat in der Geschichte der Bundesrepublik bedeutende – meist sozialdemokratische – Kulturdezernenten (wie sie in westdeutschen Städten heißen) gegeben, die die kulturelle Entwicklung der Stadt und teilweise des ganzen Landes nachhaltig geprägt haben und prägen mit ihren Konzepten und Ideen: Hoffmann, (Ffm.), Glaser (Nürnberg) aber auch Küppers (München) und Kisseler (Hamburg). Das alles kann hier nicht gelingen, solange das Amt des Kultursenators in der Person des Regierenden verödet.

Es wird dringend Zeit, das Amt mit einer starken und kompetenten Persönlichkeit zu besetzen. Die nicht nur Kultur sagt, sondern diese auch wirksam vertritt und die öffentliche Diskussion darüber anführt.

Dann wäre auch das „Theater“ um die KuDamm Bühnen vermutlich bald Geschichte und eine Lösung im Interesse dieser beiden Häuser längst gefunden.

JOHANN WATTS

Die Petition zum Erhalt der KuDamm Bühnen finden Sie im Internet hier:
<https://www.change.org/p/kudamm-buehnen-retten>



Der heutige Vordereingang des Theaters am KuDamm lässt nichts ahnen vom schlichten Glanz des Theaterraums im Innern. Fotos: H.B./Wikimedia

THEATER UND KOMÖDIE AM KURFÜRSTENDAMM

Die Pläne für das Theater am Kurfürstendamm stammen von Oskar Hoffmann, der als bekannter Theaterarchitekt auch andere Häuser dieser Art in der Stadt entwarf. 1928 übernahm Max Reinhardt die Bühne, ab 1933 hieß der Direktor dann Hans Wölffer – sowohl des Theaters wie auch der Komödie am Kurfürstendamm daneben. Er bekam als Nicht-Parteimitglied erhebliche Probleme mit dem Nazi-Regime. Auch deswegen wurden die Häuser 1942 enteignet und verstaatlicht. 1943 von Bomben schwer zerstört, bespielte nach dem Krieg die Freie Volksbühne das Theater von 1949 bis 1963. Anschließend übernahm Hans Wölffer, der damals schon lange wieder Direktor der benachbarten Komödie am Kurfürstendamm war, die Leitung. Zwei Jahre später holte er seine Söhne Jürgen und Christian mit in die Direktion. Heute leitet Jürgen Wölffers Sohn Martin die beiden Bühnen. Mit seinen Programmen zeigt er erfolgreiches „großstädtisches Unterhaltungstheater“. Rd. 200.000 Zuschauer*innen machen Theater und Komödie zu den meistbesuchten Bühnen Berlins.

J.W.

CETA und TTIP – Angriffe auf unsere Demokratie

... und die SPD ist dabei – Gabriel macht's möglich

Über 300.000 Menschen demonstrieren am 17.9. in ganz Deutschland gegen CETA und TTIP. Trotzdem ließ es sich der SPD-Konvent zwei Tage später nicht nehmen auf Druck Gabriels und seiner Handlanger einem Kompromiss zu CETA zuzustimmen, der keiner ist – und dem die Basis der SPD kritisch bis ablehnend gegenübersteht.

Freihandelsabkommen – so sagen es die Apologeten solcher Verträge – schaffen Arbeitsplätze und Wohlstand. Sie erleichtern den Handelsverkehr und alle schönen Dinge dieser Welt können zum Nutzen und Frommen aller Menschen frei ausgetauscht werden. Und: Wachstum, Wachstum, Wachstum... So lautet das Mantra der Befürworter. Die Wahrheit sieht ganz anders aus.

TTIP, CETA und die Folgen

Ein Beispiel:

Der größte Zigarettenhersteller der Welt, Philipp Morris (USA) verklagt zurzeit Australien auf Schadenersatz. Es soll um Milliarden gehen (genaueres ist natürlich geheim). Grund ist das Nichtraucher-Schutzgesetz in down under (= Australien). Es schreibt graue Zigarettenverpackungen und abschreckende Fotos vor. Der Lungenkrebs-Konzern sieht sich „unfair“ behandelt. Und genau diese immer wiederkehrende Formel in den Freihandelsabkommen ist erfolversprechende Rechtsgrund-

lage einer solchen Klage. Kein Wunder, dass Neuseeland vor diesem Hintergrund sein neues Nichtraucher-Schutzgesetz auf Eis gelegt hat. So beeinflussen Konzerne den Verbraucherschutz und kassieren ab – auf Kosten der Steuerzahler.

So oder ähnlich würden Konzerne mit ihren hochbezahlten und hochspezialisierten Anwaltskanzleien (für die das Millionengeschäfte sind) auch über europäische Staaten herfallen, die Gesundheitsschutz, Arbeitnehmerrechte und Verbraucherschutzbestimmungen höher einschätzen als die Profitinteressen der Wirtschaft.

Und das gilt natürlich auch für deutsche Konzerne und ihre Interessen in den USA. Verhandelt wird vor besonderen Gerichten – außerhalb der verfassungsgemäßen unabhängigen Gerichte der EU oder der USA.

Besonders gefährlich: TTIP und CETA drängen auf Privatisierungen bisher öffentlicher Aufgaben in Europa (Wasser, Elektrizität, Nahverkehr z.B.)

Bevor CETA nun als Blaupause für TTIP in Kraft tritt, müssen aber doch das europäische Parlament und die nationalen Parlamente zustimmen??

Irrtum!!! Die EU-Kommission kann das Abkommen vorläufig in Kraft setzen – mit Zustimmung des EU-Parlaments. Steht so im EU-Vertrag von Lissabon. EU-Demokratie ...

? **Ceta:** Unterschriftsreifes Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen Kanada und der EU;

TTIP: Seit Jahren verhandeltes Abkommen ähnlichen Inhalts zwischen den USA und Kanada

Herr Gabriel und seine Taschenspielertricks

Sigmar Gabriel ist Vorsitzender der SPD und für CETA. Er gehört der eigentlich ausgestorbenen Spezies der Taschenspieler an.

Nun sagt der wendige Herr Gabriel: TTIP ist tot, aber CETA ist gut. Obwohl die SPD bei einem der letzten Parteikonvente selbst rote Linien beschloss und diese erkennbar im CETA-Vertrag nicht eingehalten werden. Macht nichts, sagt Gabriel, wir können im Bundestag ja noch Änderungen und „Klarstellungen“ beschließen und nachverhandeln.

Hat man je erlebt, dass Staaten unterschrittsreife Verträge bei einer Ratifizierung wieder aufschnürten und nachverhandelten? „Da lachen selbst die Chlorhühner“ (Junge Welt). Genau. Sofort erklärte die kanadische Handelsministerin dann auch: CETA wird auf keinen Fall aufgeschnürt. Da hatte sich der SPD-Parteikonvent aber schon längst von Gabriel am Nasenring durch die Arena ziehen und übertölpeln lassen.

TTIP ist nicht „tot“

„TTIP ist tot!“ Auch mit dieser Behauptung brachte der SPD-Vorsitzende seine Partei auf CETA-Kurs. Eine Äußerung, die im weißen Haus, in den US-amerikanischen und europäischen Vorstandsetagen und bei der EU-Kommission ganz bestimmt als sehr entscheidend bewertet wird. Da lachen die Chlorhühner gleich nochmal.

? **Taschenspieler** wurden noch im 19. Jahrhundert jene Zauberkünstler und Gaukler genannt, die mit wenigen und kleinen Requisiten verschiedenartige verblüffende Kunststücke aufführten. Taschenspieler verdienten ihr Geld weniger durch ihre Vorführungen, Sie waren fliegende Händler, die durch Kunststücke Aufmerksamkeit erregten und im Anschluss ihre Waren feilboten, nicht selten Wunderelixiere.

(aus: Wikipedia, 19.9.16)



Moderner Taschenspieler. Copyright/Foto: der Postillon

So hat Gabriel, der Taschenspieler, es mal wieder hingekriegt: Mit Tricks, Nebelkerzen, Halbwahrheiten und vermutlich auch mit parteiinternen Drohungen. Ein politisch schmieriges Spiel und man schüttelt ungläubig den Kopf. Warum lässt die SPD-Basis, von der man weiß, dass sie gegen beide Abkommen in der jetzigen Form ist, dies alles mit sich machen?

JOHANN WATTS



Kein Taschenspieler: Anti TTIP-Demonstrant
Copyright: Wikimedia

Für sexuelle Selbstbestimmung – Kein Leid durch Schwangerschaftsabbrüche

Am 17.9. wurde am Brandenburger Tor für sexuelle Selbstbestimmung demonstriert. Auf dem Aktionstag „Mein Körper – meine Verantwortung – meine Entscheidung“ kämpften DIE LINKE und das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung wieder gegen den § 218. Immer noch sind in Deutschland Schwangerschaftsabbrüche nur unter bestimmten Bedingungen straffrei. Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung fordert darum den uneingeschränkten Zugang zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch und die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch.

Die selbsternannten „Lebensschützer“ marschieren jährlich durch Berlin und fordern, Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich zu verbieten. Unter Ihnen sind christlich-fundamentalistische Gruppen und Personen aus dem rechten und konservativen Spektrum der Politik. Die Berliner Landesvorsitzende der AfD, *Beatrix von Storch*, führt seit

einigen Jahren diese Demonstrationen an.

Die Folgen dieser Gesinnung weltweit sind restriktive Gesetze und die Illegalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, die dadurch eine direkte Gefahr für Leib und Leben der Frauen und der betroffenen Berufsgruppen darstellen. Unter unsicheren Bedingungen durchgeführte Abbrüche führen oft zu Dauerschäden, Sterilität und u.U. zum Tod der Frauen – von Lebensschutz kann da nicht gesprochen werden. Bei einer Vorabendveranstaltung zum Thema „Existentielle Werte verteidigen – Der Kampf für Ehe, Familie und Leben“ rief Hedwig von Beverfoerde zum Kampf gegen das Recht der Frauen auf. Das fand in der Bibliothek des Konservatismus in Charlottenburg statt. Deshalb sollten wir auch in unserem Bezirk für die nächste Demo für sexuelle Selbstbestimmung am 16.09.2017 werben.

K.K.



Frauen und Männer demonstrieren am 17.9. in Berlin GEGEN die reaktionären sog. „Lebensschützer“. Motto der Demo: „Mein Körper – meine Verantwortung – meine Entscheidung“. Copyright/Foto: DIE LINKE

DAS MUSS DRIN SEIN:

Auftakt der Kampagne der LINKEN zum Pflegenotstand

Personalmangel im Krankenhaus gefährdet die Gesundheit der Patientinnen und Patienten sowie der Pflegekräfte

DIE LINKE fordert Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe auf, den Pflegenotstand zu beenden. Deutschlandweit werden 100.000 Pflegekräfte gebraucht! Mit der Kampagne "Das muss drin sein!" gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen macht DIE LINKE in den kommenden Wochen deutschlandweit mit Aktionen auf den akuten Pflegenotstand aufmerksam. Katja Kipping und Bernd Riexinger waren beim Start der Kampagne vor Ort. Im Urbankrankenhaus in Berlin-Kreuzberg informierten sich die Parteivorsitzenden bei den Beschäftigten und Gewerkschaftsaktiven über die Auswirkungen des Personalmangels und bieten über gemeinsame Möglichkeiten des Widerstands wie die Kampagne der LINKEN oder die Kampagne "Zusammenstehen" von ver.di.

Mitmachen, unterzeichnen und informieren unter:
<https://www.die-linke.de/nc/kampagne/aktuell/>

Olivaer Platz – Neugestaltung endlich anfangen!

Seit 2007 ein endlos scheinendes Spiel: Planung, Bürgerbeteiligung, Kompromiss, Finanzierung, BVV-Beschluss – und dann tut sich wieder nichts.

So geht es nicht weiter!

Natürlich gibt es unterschiedliche Interessen und Meinungen dazu. Eine Bürgerinitiative möchte z.B. alles beim alten belassen, weil sie mit dem Olivaer Platz vor allem einen praktischen – und kostenlosen – Parkplatz auch für Anwohner erhalten möchte.

Nur kann, nachdem alle gehört wurden, dieses Motiv nicht ausreichen, dass ein zentraler, stadtprägender Platz weiter und überwiegend der 'individuell ruhenden KfZ-Mobilität' dient.

Bedenklich ist, dass durch die Verzögerungen bereits bewilligte Mittel leicht wieder umgewidmet werden können.

Noch-Senator Geisel hat jüngst, anlässlich eines Rundgangs, mit der Initiative 'Förderkreis-Neuer-Olivaer-Platz' immerhin die Sicherung bereits zugesagter



Viel Verkehr, wenig zeitgemäße Gestaltung: Olivaer Platz. Copyright/Foto:DIE LINKE/H.B.

Mittel versprochen. Wir werden ihn beim Wort nehmen. Das nach den Wahlen neu besetzte Bezirksamt muss jetzt schleunigst handeln und die neu

gewählte Fraktion der LINKEN in der Bezirksverordnetenversammlung ist gefordert.

ECKHARD DIETZ

„Nicht ohne meine grüne Lunge“



Unter diesem phantasievollen Slogan demonstrierten am 13. September mehrere hundert Kleingärtner vor dem Rathaus Charlottenburg für den Erhalt von Grünflächen. Die Politiker*innen auf dem Podium mussten sich kritische Fragen und gelegentlich Pfeifkonzerte zum Thema gefallen lassen, wenn die Realität schöngeredet werden sollte. Insbesondere die Vernichtung von 180 Kleingärten in der Kolonie Oeynhausen zugunsten eines Investors und seiner Millionen erregen und erregten die Ge-

müter. Der Zusammenschluss so vieler Kleingarten-Verbände zu einer solchen Kundgebung ist sicher einmalig und

den deprimierenden Erfahrungen der letzten Jahre zu „verdanken“.

Das erfolgreiche Bürgerbegehren zum Erhalt der Grünflächen in Charlottenburg-Wilmersdorf wurde wesentlich von den beteiligten Kleingärtner-Verbänden getragen. Es hatte in der ersten Stufe Erfolg mit mehr als 18.000 Unterschriften. Anschließend stimmte die BVV dem Begehren zu - bei Enthaltung der SPD. Damit ist ein Bürgerentscheid nicht mehr nötig. Das Misstrauen aber bleibt nach all den schlechten Erfahrungen in der Vergangenheit. Dazu ein kluger Kommentar im "Kiezer Weblog zum Klausenerplatz": Echte Täuschung oder echter Lernprozess?

<http://blog.klausenerplatz-kiez.de>

J.W.

Herr Machnig sagt „Macht nix“

Kennen Sie Herrn Machnig? Herr Machnig ist Sozialdemokrat und auf dem Ticket seiner Partei hat er schon so einige – auch sehr einträgliche – Jobs und Ämter gehabt. Herr Machnig gilt als Linker. (Oder galt mal als sowas.) Jetzt ist er Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und heftiger Verfechter von TTIP und CETA. Sein Herr und Meister dort heißt Sigmar Gabriel (den kennen wir). Herr Machnig hatte als Thüringer SPD-Wirtschaftsminister neben seinem Gehalt eine zeitlang noch Versorgungsbezüge des Bundes erhalten. Thüringen fordert deshalb – offenbar sehr verspätet – die Rückzahlung. Es geht wohl um rd.150.000 Euro.

Herr Machnig will aber nicht zurückzahlen und klagt dagegen, nach dem Motto: Wenn die zu doof sind, das rechtzeitig zurückzufordern, ist das nicht mein Problem. Hartz IV-Empfängern wird alles und sofort wieder abgezogen, was sie von anderer Stelle oder ihrem Arbeitgeber bekommen. Und wenn sie's verschweigen droht ihnen sogar eine Strafanzeige. Herrn Machnig, dessen Partei SPD HARTZ IV erfunden hat, ficht das nicht an. Bei ihm hat längst die Gier über die Moral triumphiert. Doppelmoral kann man das nennen oder auch deutlicher: Moralische Verkommenheit. Und einen gelungenen Beitrag zur Steigerung der Politikverdrossenheit.

H.B.

TERMINE

- 12. Oktober 19 Uhr**
Mitgliederversammlung DIE LINKE
Bezirksverband Charlottenburg-
Wilmersdorf
Behaimstr. 17, Charlottenburg
- 14. Oktober 19 Uhr**
Prinz Chaos II – politischer
Liederabend
Ökumenisches Zentrum WILMA
Wilmersdorfer Str. 163
- 16. Oktober 16 Uhr**
Kollektive Musik: Hanns Eislers A-
cappella-Chöre 1925–1932
mit Johannes Gall
Marx-Engels-Zentrum (MEZ)
Spielhagenstraße 13, Charlottenburg
- 18. Oktober 19:00 – 21:00 Uhr**
Der Imperialismus ist wieder da
- Lenin auch
mit Wladislaw Hedeler
MEZ
Spielhagenstraße 13, Charlottenburg,
- 22. Oktober 13:00 – 16:00 Uhr**
Rundgang zu den Stätten des
antifaschistischen Widerstandes Im
ehemals „Roten Kiez“
Alt-Charlottenburg
mit Harald Marpe
MEZ (Treffpunkt)
- 29. Oktober 11:00 – 16:00 Uhr**
Reichtum ohne Gier – geht das?
mit Stephan Krüger, Klaus Wagener
und Andreas Wehr
MEZ
- 9. November 19 Uhr**
Mitgliederversammlung DIE LINKE
Bezirksverband Charlottenburg-
Wilmersdorf
Behaimstr. 17, Charlottenburg
- 11. November 19:00 – 21:00 Uhr**
Pest oder Cholera -Präsidenten-
wahlen in den USA
mit Jochen Scholz
MEZ
- 26. November 11 – 16 Uhr**
Die EU in der Existenzkrise – was
sind die Antworten der Linken?
mit Keith Barlow, Wilhelm Langthaler und
Peter Wahl
MEZ
- Jeden Donnerstag 10 – 12 Uhr**
Wir kümmern uns!
Frühstück und Hilfe Hartz IV/
Sozialberatung
**Jeden 1. und 3. Dienstag des Monats
17 – 19 Uhr**
DIE LINKE
Behaimstr.17, Charlottenburg

© Klaus Stüttmann



Herrin und Hund...

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Charlottenburg-Wilmersdorf
Behaimstraße 17, 10585 Berlin
V.i.S.d.P.: Eckhard Dietz
E-Mail: vorstand@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de
Redaktionsschluss: 30.09.2016
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion wieder.